



Autor/-in: Thomas Glauben und Johannes Varwick

Visits (VpD): 0,116 (in Mio.)

Mediengattung: Online News

Weblink: <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/experten-reden-sich-in-einen-rausch-wir-brauchen-verteidigungsausgaben-mit-mass-und-mitte-li.2302290>

Sicherheitspolitik im Rausch: Braucht Deutschland wirklich mehr Verteidigungsausgaben?

Deutschland braucht eine Rüstungsdebatte. Doch die Politik sollte nicht alarmistisch überziehen, sondern der Bevölkerung die Fakten vorstellen. Ein Gastbeitrag.

Die Weltlage ist fordernd. Vom russischen Angriff auf die [Ukraine](#) bis zur Infragestellung sicherheitspolitischer Gewissheiten durch Trump geht eine Schockwelle aus, die vielen allerdings den Verstand vernebelt. Denn die deutsche sicherheitspolitische Debatte hat eine doppelte Schlagseite. Die Mehrzahl der Experten warnt ohne empirische Belege [vor einem Angriff Russlands auf die Nato](#), manche nennen gar eine Jahreszahl, zu dem er bevorstehen könnte. Im Wahlkampf überboten sich Konservative und Grüne mit Forderungen nach massiver Erhöhung der Verteidigungsetats, die neue Bundesregierung wird sich diesem Druck kaum entziehen können und wollen. Denkbar ist sogar, dass noch der alte Bundestag in einer Koalition aus Union, SPD, FDP und Grünen ein weiteres „Sondervermögen“ für die Bundeswehr im dreistelligen Milliardenbereich beschließen wird. Ein radikaler Mentalitätswechsel und massive Investitionen in deutsche „Kriegstüchtigkeit“ seien das Gebot der Stunde. Namhafte Ökonomen fordern eine massive Erhöhung der Verteidigungsausgaben, notfalls auf Pump. Doch wie sehen die Fakten aus?

In den vergangenen zehn Jahren hat sich der deutsche Verteidigungshaushalt von 32,4 Milliarden 2014 auf 71 Milliarden 2024 (davon 51,8 Milliarden regulär und 19,2 Milliarden aus dem schuldenfinanzierten „Sondervermögen Bundeswehr“) mehr als verdoppelt. Die von allen Mitgliedstaaten zugesagte Quote von zwei Prozent des BIP wird damit freilich nur unter Hinzurechnung des Sondervermögens erreicht, welches aber 2027 ausgegeben sein wird und in der bisherigen

Finanzplanung des Bundes bisher keine Fortführung erfährt. Es gibt also mittelfristig tatsächlich Handlungsbedarf, der durch die Unwägbarkeiten durch innenpolitische Veränderungen in den USA verstärkt wird. Dabei sollte jedoch erstens nicht alarmistisch überzogen, sondern von einer nüchternen Bedrohungsanalyse ausgegangen werden und zweitens keine Voodoo-Ökonomie gemacht werden.

Ausgaben für Rüstung müssen ausbalanciert werden

Einem Russland, das große Schwierigkeiten hat, seine Ziele in der Ukraine zu erreichen, wird zugleich unterstellt, es plane Nato-Territorium anzugreifen. Die Mehrzahl der sicherheitspolitischen Experten redet sich geradezu in einen Rausch, sekundiert von vermeintlichen Geheimdienstschätzungen über die aggressiven Pläne Moskaus. Ein nüchterner Blick auf die Möglichkeiten wie auch die Intentionen Russlands ergibt jedoch, dass die Ukraine ein Sonderfall ist und wenig dafür spricht, dass Russland sich mit Nato-Territorium anlegen könnte oder nur wollte.

Der Alarmismus ist nicht plausibel, wenn man sich die russischen Fähigkeiten in der Ukraine ansieht und die Hoffnung der gleichen Sicherheitsexperten, die Ukraine könne mit unserer Hilfe Russland stoppen. Unabhängig davon ist die Nato heute ungleich stärker als ihr Feind Russland. Den insgesamt rund 1264 Mrd. US-Dollar, die alle Nato-Staaten gemeinsam aufwenden, steht ein russischer Verteidigungshaushalt gegenüber, der – obschon er rasant aufwächst – ein Bruchteil davon beträgt. Dies gilt

selbst dann, wenn man nur die Ausgaben der europäischen Staaten addiert. Die ökonomischen Argumentationen für den vermeintlichen Bedarf an massiver, im Eiltempo zu vollziehender, Aufrüstung sind ebenso wenig nachvollziehbar. Sofern die Argumentation mancher Ökonomen belastbar wäre, dann sollte man ja unabhängig von Bedrohungslagen immer deutlich mehr in Militär und Rüstung investieren. Dieses Argument hält ordnungsökonomischen Ansprüchen nicht Stand. Natürlich müssen in sich ändernden Risikolagen Ausgaben für Rüstung ausbalanciert werden. Fraglich ist aber, ob eine massive Erhöhung der Militärausgaben ein wirtschaftlicher Gewinn für eine Volkswirtschaft ist und – wie zunehmend unterstellt – mittels Spillover-Prozessen zu technischen Innovationen in der Volkswirtschaft führen. Investitionen in Bildung und Infrastruktur scheinen jedenfalls ökonomisch erfolgversprechender. Das ganze zudem auf Pump zu finanzieren und die bisherigen Haushaltslogiken zu sprengen, ist ebenfalls wenig überzeugend. Zudem gilt es auch zu erwartende globale Reaktionen miteinzubeziehen und zu prüfen, ob sich damit die Sicherheitslage tatsächlich verbessert, oder nicht nur das bekannte Sicherheitsdilemma auf einem höheren Niveau ein neues, teureres und gefährlicheres Gleichgewicht findet.

Grundton der deutschen Debatte folgt unnötigem Alarmismus

Es ist insgesamt nachvollziehbar, dass die Mitgliedstaaten der Nato einen angemessenen Beitrag zur kollektiven Verteidigung leisten. Und es ergibt auch

Sinn, die europäische Handlungsfähigkeit zu steigern. All dies wird auch Geld kosten. Wer aber drei oder vier (statt zwei) Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung ausgeben will, der muss dies nicht nur sauber sicherheitspolitisch herleiten, sondern auch sagen, woher denn die zusätzlichen 30 oder gar 60 Milliarden Euro jedes Jahr herkommen sollen und welche ökonomischen Effekte damit einhergehen. Zudem ist es die Engführung auf immer mehr Rüstung unangemessen. Denn ohne ein wirksames Bemühen, das militärische

Gleichgewicht politisch zu stabilisieren, und den prioritären Einsatz für Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen wird es keine Sicherheit geben. All das ist aber vollkommen aus dem Blick geraten. [Das Gerede von der „Kriegstüchtigkeit“](#), in das Sicherheitspolitiker und Ökonomen derzeit einstimmen, ist überzogen und die sicherheitspolitische Debatte sollte zu Maß und Mitte zurückfinden. Der Grundton der derzeitigen deutschen Debatte folgt unnötigem Alarmismus und scheint eher dem sicherheitspoliti-

schen Zeitgeist und dem Rechtfertigungszwang für eine unangemessene Erhöhung des Verteidigungshaushaltes geschuldet zu sein als einer sachlichen sicherheitspolitischen Bestandsaufnahme.

Prof. Dr. Thomas Glauben ist Ökonom, Prof. Dr. Johannes Varwick Politikwissenschaftler an der Universität Halle-Wittenberg.

Haben Sie Feedback? Schreiben Sie uns! briefe@berliner-zeitung.de



Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD), Ralf Rottermann/imago



Fallschirmjäger der Bundeswehr, Kay Nietfeld/dpa



Bundeswehrsoldaten steigen in einen Militärtransporter ein., Bundeswehr

